

Konservatismus, Arbeit und politische Vernunft

Der Konservatismus befindet sich in der Krise, so lautete die Diagnose unseres Gastherausgebers und Autors *Thomas Biebricher* bereits 2023 in seinem Buch *Mitte/Rechts – Die internationale Krise des Konservatismus*.¹ Im vorliegenden, von ihm zusammen mit *Julia Reuschenbach* herausgegebenen zweiten Schwerpunkttheft zum *Konservatismus in der Krise*, nimmt er nun die Haltung des Konservatismus zum Kapitalismus in den Blick. Diese sei viel weniger eindeutig als gern angenommen. Die Orientierung an der Figur der schwäbischen Hausfrau, die unter Angela Merkel zum Aushängeschild konservativer Tugend unter kapitalistischen Bedingungen geworden sei, führe zu finanzpolitischen Entscheidungen, die einem Ideal konservativer Politik eigentlich zuwiderliefen. Konservatismus zeichne sich durch eine substanzelle und eine prozedurale Dimension aus. Substanziel gehe es um die Bewahrung einer als natürlich angenommenen Ordnung. Da aber auch Konservative einsehen müssten, dass eine Welt ohne Wandel nicht möglich ist, werde sich auf prozeduraler Ebene um sanfte Anpassungen von Institutionen und Strukturen bemüht, mit dem Ziel abrupte Änderungen oder gar Revolutionen zu vermeiden. Die Berufung auf die schwäbische Hausfrau und die darauffolgende Politik der Schwarzen Null waren aber, so unser Autor, gerade nicht an langfristigen Notwendigkeiten orientiert. Sie führten vielmehr zu einem Raubbau an Infrastruktur und Staat, der einer konservativen Politik in obigem Sinne nicht entspreche.

Auch *Laila Riedmiller* widmet ihren Beitrag der Christdemokratie. Sie untersucht die Geschlechtervorstellungen der beiden Unionsparteien und vergleicht diese mit denen der AfD. Dafür analysiert sie die Grundsatzprogramme der drei Parteien und die darin formulierten Positionen zu Gleichstellungspolitik, Gewaltschutz und Rechten von Frauen und LGBTIQA* Personen. Eine solche vergleichende Analyse könne helfen, zwischen gemäßigt und radikalem Konservatismus sowie der extremen Rechten besser zu differenzieren. Die Übergänge zwischen diesen Einstellungen seien fließend, zudem sei der Konservatismus – so Riedmiller im Anschluss unter anderem an Biebricher – einem stetigen Wandel unterworfen. Derzeit müsse allerdings befürchtet werden, dass dieser Wandel in das extrem rechte Lager hinüberführt. Am Vergleich der Grundsatzprogramme zeige sich zweierlei.

¹ Biebricher, Thomas 2023. *Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus*. Berlin: Suhrkamp.

So nahmen die Unionsparteien seit 2007 zwar einerseits gesellschaftliche Liberalisierungen, wie die Ehe für Alle, auf. Andererseits spitzten sie jedoch ihre Rhetorik beispielsweise gegenüber LGBTIQA* Personen zu und verschoben, so Riedmiller, Abweichungen von einer als natürliche Ordnung vorausgesetzten Zweigeschlechtlichkeit ins Private. Auf diese Weise müsse diese Ordnung selbst nicht in Frage gestellt werden. Der Tonfall habe sich mit Aufkommen der AfD verschärft, auch wenn letztere in ihrem Grundsatzprogramm extremere Positionen vertritt.

Letztere fordert unter anderem die Abschaffung von Gender Professuren, da deren Forschung »unseriös und politisch motiviert«² sei. In den USA sind unter Trump Universitäten bereits extrem unter Druck geraten. Deren Lage zeigte unter anderem Kathrin Zippel in ihrem Kommentar in Heft 2 dieses Jahres auf.³ *Julia Simon* macht nun in diesem Heft deutlich, dass die anti-intellektuelle Haltung hinter diesen Angriffen keineswegs erst mit Trump Einzug in die republikanische Partei und den intellektuellen Konservatismus in den USA gehalten hat. Im Bereich der Bildungs- und Hochschulpolitik seien im letzten Jahrhundert entscheidende Fragen »der nationalen Identität, Zugehörigkeit und ökonomischen Aufstiegsmöglichkeiten«⁴, sowie der föderalen politischen Ordnung verhandelt worden. Ferner sei dieser Bereich vor allem in den 1950er Jahren zentral für die Entwicklung und Mobilisierung der konservativen Bewegung der USA gewesen. Unsere Autorinzeichnet verschiedene Stränge anti-intellektueller Agitation nach und setzt dabei einen Schwerpunkt auf deren Verknüpfung mit *race*. Diese Historisierung zeigt, dass Trumps Hochschul- und Bildungspolitik nicht einfach das Ergebnis seiner persönlichen Autokratisierungsbestrebungen ist, sondern auf viel weiter verbreitete, tiefgreifende Einstellungen in der konservativen Bewegung bauen kann.

Arne Heise nimmt in seinem Beitrag die Denktraditionen insbesondere der deutschen Wirtschaftswissenschaft in den Blick und untersucht die Debatten zu Einführung und Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland. In wissenschaftssoziologischer Perspektive im Anschluss an Ludwik Flecks Resilienztheorie sieht er die Standardökonomie in einem Denkstilzwang. Die Vorhersagen, dass ein Mindestlohn zu Beschäftigungsverlusten und höherer Arbeitslosigkeit führen würden, bewahrheiteten sich nicht. Dies aber führte nicht zur Entwicklung neuer Modelle makroökonomischer Beschäftigungsbestimmung, sondern lediglich zu Anpassungen standardökonomischer Arbeitsmarktmmodelle. Auch wenn es durchaus sinnvoll sei, Modelle empirischer Forschung nicht sofort über Bord zu werfen, wenn sie einmal

2 Laila Riedmiller, in diesem Heft.

3 Zippel, Kathrin 2025. »Wissenschaft als Kampfzone«, in *Leviathan*, 53, 3, S. 264–270.

4 Julia Simon, in diesem Heft.

daneben liegen, sieht unser Autor im Falle der Mindestlohnforschung die Zeit gekommen, die bisher verwendeten Instrumente grundsätzlich in Frage zu stellen.

Um prekäre Arbeitsformen geht es im Beitrag von *Conrad Lluis*, der mit der Lektüre früher Vorlesungen von Michel Foucault eine poststrukturalistische Arbeitssoziologie reaktivieren möchte. Deren Leitgedanke, dass Macht und Subjektivität, Freiheitsräume von Arbeitskräften und Kontrollinstrumente, miteinander verwoben sind, sei instruktiv. Doch sei aus poststrukturalistischer Perspektive bisher primär durch die Brille der Gouvernementalität auf Arbeit geblickt worden, die allerdings nur ein eingeschränktes Sichtfeld öffne. So liege auf der empirischen Ebene der Fokus nach wie vor auf kreativer Wissensarbeit, wohingegen sogenannte systemrelevante Tätigkeiten, wie zum Beispiel in der Pflege oder im Einzelhandel, aus dem Blick gerieten. Ferner habe man sich auf der analytischen Ebene auf die Rekonstruktion eher weicher, diskursiver Machtformen konzentriert, die Analyse manifester, expliziter Machtausübung, wie Kontrolle oder Bestrafung, anderen, häufig marxistisch orientierten Ansätzen überlassen. Diese Lücken ließen sich durch Rückgriff auf Foucaults frühere Vorlesungen, *Die Strafgesellschaft* und *Die Wahrheit und die juristischen Formen*, schließen. In diesen untersuche Foucault den Alltag von Arbeiter*innen und diesen bestimmende Disziplinareinrichtungen um zu klären, wie sich die kapitalistische Arbeitsgesellschaft konstituiert. Wie die dort entwickelten Begriffe zur Analyse heutiger prekärer Arbeitsformen herangezogen werden könnten, zeigt unser Autor an den Beispielen der Pflege und der Saisonarbeit in der Landwirtschaft auf.

Jakob Schirmer diskutiert in seinem Essay die Frage politischer Selbstermächtigung im Kontext kommunaler Selbstverwaltung. Immer wieder komme es zu Fällen, in denen Kommunen Entscheidungen fällten, die anschließend von Gerichten wieder kassiert wurden, da sie den Rahmen der Selbstverwaltung sprengten – wie zum Beispiel ein kommunales Verbot von Glyphosat. Mit Rückgriff auf die Rechtsdogmatik allein ließen sich diese Fälle nicht adäquat erfassen. Es stelle sich vielmehr die Frage, ob ein bestimmtes Verständnis politischer Vernunft hinter den wiederkehrenden Versuchen von Kommunen, für ihre Gemeinschaft bestimmte Wertentscheidungen zu treffen, stecke. Ein solches würde allerdings, so unser Autor, mit dem Begriff subjektiver Freiheit des Grundgesetzes in Widerspruch geraten.

Eva Deitert



© Eva Deitert